

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Kurt Lorentz
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Jörn Felbier
Stellv. Ausschussvorsitzender Philipp Panzer

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied August Desenz
Grundmandat Claus-Dieter Westerman

Dezernent

Jens Stoffers

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Gerd-Dieter Mönck
Dagmar Müller

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste
Protokollführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 08.02.2010
- 3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 3.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp
Angelegenheiten von Beschäftigten
 - 3.1.1 Befristete Einstellung einer Dipl. Psychologin/eines Dipl. Psychologen **94/2010**
 - 3.1.2 Unbefristete Einstellung der Sozialarbeiterin Naira Chatchatrjan **99/2010**
 - 3.1.3 Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin / eines Sozialarbeiters **111/2010**
 - 3.1.4 Unbefristete Einstellung des Sozialarbeiters Joachim Krieg **112/2010**
 - 3.1.5 Übernahme der Auszubildenden Ines Eilers **113/2010**
 - 3.1.6 Einstellung von Auszubildenden 2011 **114/2010**
 - 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Antrag FDP - HH-Konsolidierung
 - 4.2 Budgetberichte
 - 4.3 Information VBL

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 08.02.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 08.02.2010 wurde genehmigt.

3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

3.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

Angelegenheiten von Beschäftigten

3.1.1 Befristete Einstellung einer Dipl. Psychologin/eines Dipl. Psychologen **94/2010**

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Für das Beratungszentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern des Jugendamtes wird eine Dipl. Psychologin/ein Dipl. Psychologe nach EGr. 13 TVöD mit 19,5 Std./Woche zum nächstmöglichen Zeitpunkt bis zum 30.04.2011 befristet eingestellt.

3.1.2 Unbefristete Einstellung der Sozialarbeiterin Naira Chatchatryan **99/2010**

Herr Stoffers erläuterte, dass die Beschlussvorlagen 99 und 111 eigentlich zusammen betrachtet werden müssten. Er verdeutlichte den Mitgliedern, dass im Stadtnorden sowie im Stadtsüden jeweils ein männlicher Streetworker mit einer weiblichen Streetworkerin zusammenarbeiten sollte. Er sprach die positive Beurteilung der Streetworker von anderen Behörden sowie die vielen Projekte zwischen Polizei und Stadt/Jugendamt an.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Frau Naira Chatchatryan wird ab 01.07.2010 nach EGr. S 12 TVöD mit 30 Std./Woche unbefristet eingestellt und weiterhin als Sozialarbeiterin im Bereich Straßensozialarbeit des Jugendamtes beschäftigt.

3.1.3 Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin / eines Sozialarbeiters 111/2010

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Für das Jugendamt wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet für die Dauer von zwei Jahren eine Sozialarbeiterin/ein Sozialarbeiter nach EGr. S 12 TVöD mit 30 Std./Woche eingestellt und im Bereich Straßensozialarbeit beschäftigt.

3.1.4 Unbefristete Einstellung des Sozialarbeiters Joachim Krieg 112/2010

Herr Stoffers informierte die Ausschussmitglieder über die Vorlage und erklärte auf Nachfrage von **Herrn Föhlinger** die Besetzungsfolge im JSD-Team Nord.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Herr Joachim Krieg wird ab 15.07.2010 nach EGr. S 15 TVöD mit 39 Std./Woche unbefristet eingestellt und weiterhin als Koordinator im JSD-Team Nord im Jugendamt beschäftigt.

3.1.5 Übernahme der Auszubildenden Ines Eilers 113/2010

Herr Stoffers führte zur dieser Vorlage aus, dass in 2010 nur eine Auszubildende (in Verwaltungsberufen) die Ausbildung beenden werde.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Vorbehaltlich des Bestehens der Abschlussprüfung mit einem mindestens befriedigenden Gesamtergebnis (mindestens 8 Punkte) und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Übernahme der **Auszubildenden/Verwaltungsfachangestellten Ines Eilers** im Anschluss an die Prüfung in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis zugestimmt.

Bei einem mindestens guten Gesamtergebnis in der Abschlussprüfung (mindestens 11 Punkte) sowie Vorliegen der weiteren o.g. Voraussetzungen wird einer unbefristeten Übernahme zugestimmt.

3.1.6 Einstellung von Auszubildenden 2011 114/2010

Herr Mönck stellte in einer PowerPoint Präsentation (siehe Anlage zum Protokoll) die Ausbildungssituation der Stadt Wilhelmshaven dar. Er hob heraus, dass die

Stadt erstmalig das Berufsbild „Immobilienkaufleute“ im Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven anbiete. Wegen der Konkurrenz mit anderen Ausbildungsbetrieben sei beabsichtigt, die zum 01.08.2011 geplanten Ausbildungsstellen gleich nach den Sommerferien auszuschreiben. Zudem erwähnte er die rückläufige Zahl der Bewerbungen und die unbefriedigende Situation, dass 2009 7 von 15 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben seien und sich abzeichne, dass zum 01.08.2010 4 von 16 Ausbildungsstellen nicht besetzt werden könnten.

Herr Stoffers und **Herr Mönck** äußerten die Hoffnung, aufgrund des in 2011 fertig werdenden Doppelabiturjahrgangs über eine größere Bewerberzahl zu verfügen. Sollte sich im Auswahlverfahren eine höhere Zahl von qualifizierten BewerberInnen ergeben, als derzeit für eine Einstellung vorgesehen sei, sei im Herbst zu überlegen, die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen; ggf. werde der PGL erneut beteiligt.

In der anschließenden Diskussion über eine Imageveränderung und Attraktivität der Ausbildung unterstrich **Herr Föhlinger** die Möglichkeit, neue Wege zu gehen und sprach dabei das neue Duale Studium an der FH Osnabrück an. **Herr Stoffers** und **Herr Mönck** erläuterten Vor- und Nachteile dieses Studiums und schlugen vor, es zumindest zum 01.08.2011 bei der bisherigen Ausbildung für den gehobenen Dienst (StadtinspektoranwärterIn, Studium an der FH Hannover) zu belassen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Einstellung von bis zu

- **sechs Stadtinspektoranwärter/-innen**
- **sechs Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten**
- **zwei Stadtsekretäranwärter/-innen**
- **einer/einem Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste**

zum 01.08.2011 wird zugestimmt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Antrag FDP - HH-Konsolidierung

Zum Vorschlag 8 („Mit Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart; keine Gehaltssteigerung für zwei Jahre“) führte **Herr Stoffers** folgendes aus:

Für die Beschäftigten sieht § 4 des Tarifvertragsgesetzes folgende Regelung vor:

- Die Rechtsnormen des Tarifvertrages, die den Inhalt, den Abschluss oder die Beendigung von Arbeitsverhältnissen ordnen, gelten unmittelbar und zwingend zwischen den beiderseits Tarifgebundenen, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallen.

- Abweichende Abmachungen sind nur zulässig, soweit sie durch den Tarifvertrag gestattet sind oder eine Änderung der Regelungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten.
- Ein Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte ist nur in einem von den Tarifvertragsparteien gebilligten Vergleich möglich. Die Verwirkung von tariflichen Rechten ist ausgeschlossen.

Er erläuterte weiterhin, dass in allen städtischen Arbeitsverträgen die Anwendung des TVöD vereinbart sei. Nichtgewerkschaftsmitglieder fallen somit auch unter den TVöD. Tarifliche Ansprüche würden sich somit unmittelbar und zwingend ergeben; zwischen Arbeitgeber und Personalrat könne kein Verzicht vereinbart werden.

Ein Beamter könne auf die ihm gesetzlich zustehende Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten. **Herr Stoffers** führte hierzu § 1 NBesG i.V.m. § 2 II BBesG an.

In einer kurzen abschließenden Diskussion über den oft genannten Haustarif der Stadt Hannover nahm der Ausschuss diese Information zur Kenntnis.

4.2 Budgetberichte

Herr Stoffers führte aus, dass der PGL aufgrund der neuen Dienstanweisung „Controlling und Berichtswesen“ quartalsweise über den Personalkostenbericht (= Gesamtpersonalkosten der Kernverwaltung) und über den Produktbericht des FB 10 zu informieren sei.

Anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation erläuterten **Herr Stoffers** und **Herr Mönck** den Personalkostenbericht. Es zeichne sich ab, dass die Personalkosten 2010 nach der ersten Hochrechnung des Jahres, die noch gewisse Risiken beinhalte, ca. 352 T € unter den veranschlagten Beträgen bleiben werden.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Kosten pro Fachbereich baten die Ausschussmitglieder um nähere Informationen zur Anzahl der MitarbeiterInnen und Vollzeitäquivalente pro Fachbereich, zur Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und zur Frage, inwieweit die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben einer weiteren Personalreduzierung entgegenstünde.

(Hinweis zu Protokoll: Die Informationen werden zur nächsten PGL- Sitzung nachgeliefert.)

Danach stellte **Herr Mönck** die Produktberichte des Teilhaushalts 10 vor. Die Systematik sowie der Vordruck des Produktberichts sei von der Kämmerei entworfen und würde jetzt zum ersten Mal angewandt werden. ¼ jährlich solle damit den Ausschussmitgliedern die finanzielle Entwicklung der einzelnen Produkte, die Zielvorgaben sowie die Zielerreichung dargestellt werden. Anhand des Produkts 11.11.04 – Entgelt- und Bezügeabrechnung erläuterte er die einzelnen Positionen. Das Verfahren würde mit der Zeit wachsen – einzelne Produkte seien noch nicht ganz vollständig. Zudem sei der Personal- und Gleichstellungsausschuss der erste Fachausschuss, der diese Produktberichte erhalte.

Die Ausschussmitglieder nahmen nach kurzer Diskussion Kenntnis.

4.3 Information VBL

Auf Wunsch von **Herrn Felbier** informierte **Herr Mönck** über die Betriebliche Altersvorsorge VBL und ging dabei insbesondere auf die rechtlichen Grundlagen, die Zweckbestimmung, ihre verschiedenen Arten, die Finanzierung sowie ihre Leistungen ein. Die PowerPoint Präsentation befindet sich ebenfalls in der Anlage zum Protokoll.

Nach einer kurzen abschließenden Diskussion bedankte sich **Herr Felbier** für die wichtigen Informationen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung